Das Bundeswirtschaftsministerium unter Leitung des Kinderbuchautors Robert Habeck (Die Grünen) kommt nicht aus den Negativschlagzeilen heraus. Nach Einsatz des Inlandsgeheimdienstes gegen altgediente Mitarbeiter des Ministeriums, weil deren Fachmeinung dem Minister nicht gefiel, sowie aufgedeckter Vetternwirtschaft kam es Ende Dezember zu einem weiteren Schauspiel der Abgehobenheit grüner Spitzenpolitiker. Der Habeck-Vertraute und Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Sven Giegold, verweigerte in einem wohl einmaligen Akt der Demokratieverachtung das verfassungsrechtlich verankerte parlamentarische Informations- und Fragerecht der Bundestagsabgeordneten zu Rüstungsexporten. Den NachDenkSeiten liegt der entsprechende Schriftverkehr exklusiv vor. Von **Florian Warweg**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/230103_Unglaublicher_Vorgang_Bundeswirtschaftsministerium_unter_Habeck_verweigert_Antworten_zu_Ruestungsexporten_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

> „In Höhe welchen Gesamtwertes wurden im Jahr 2022 bis zum aktuellen Stichtag Einzelgenehmigungen für den Export von Rüstungsgütern erteilt (bitte neben dem Gesamtwert auch die jeweiligen Werte für Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern sowie auch die Werte für die zehn Hauptempfängerländer auflisten) (sofern eine endgültige Auswertung für 2022 noch nicht erfolgt ist, bitte die vorläufigen Zahlen angeben), und wie verteilt sich der Gesamtwert von 2022 auf die Gruppe der EU-Länder, NATO- und gleichgestellten Länder, Drittländer sowie Entwicklungsländer (bitte zusätzlich auch getrennt für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter auflisten)?“

Diese Frage stellt Sevim Dağdelen, Obfrau im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages und Sprecherin für Abrüstungspolitik sowie Internationale Politik der Linksfraktion, seit vielen Jahren in identischer Form regelmäßig Mitte Dezember an die Bundesregierung. Die Beantwortung der Frage fällt in den Aufgabenbereich des Bundeswirtschaftsministeriums. Und egal ob der Bundeswirtschaftsminister von der FDP, SPD oder CDU gestellt wurde, das Ministerium antwortete bisher immer fristgerecht und gab auch die entsprechenden Zahlen bekannt. Nicht so, seit das Wirtschaftsministerium unter Kontrolle der Grünen steht.

Versuch der Antwortverweigerung

Die oben aufgeführte Schriftliche Frage wurde am 13. Dezember von der Bundestagsabgeordneten eingereicht. Gemäß der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages gilt für die Beantwortung von Schriftlichen Fragen eine 7-Tage-Frist, die Beantwortung hätte also zum 20. Dezember erfolgen müssen. Stattdessen erklärte das Bundeswirtschaftsministerium, dass aufgrund angeblich nötiger „aufwändigerer ressortübergreifender Abstimmungen“ noch keine Antwort erfolgen könne und verwies auf eine nötige Fristverlängerung.

Gegen diese Fristverlängerung legte Dağdelen am 20. Dezember 2022 um 18:08 Uhr in einer E-Mail an das Bundesministerium für Wirtschaft Widerspruch ein. Sie halte die Begründung für nicht nachvollziehbar, da es sich um Fragen handele, die seit Jahren immer wieder von ihr als Schriftliche Fragen eingereicht wurden, ohne dass es bis zu diesem Zeitpunkt entsprechende Fristverlängerungsbitten wegen vermeintlicher „ressortübergreifender Abstimmungen“ gegeben habe. Daher erwarte sie folglich eine fristgerechte Beantwortung.

Am 22. Dezember, zwei Tage nach der eigentlichen Frist, ging um 11:27 Uhr per Mail die vorgebliche „Antwort“ ein. Doch statt einer mit konkreten Zahlen untermauerten Antwort, wegen der das Ministerium wenige Tage zuvor noch eine Fristverlängerung wegen „nötiger Ressortabstimmungen“ eingefordert hatte, wird der Abgeordneten von Staatssekretär Sven Giegold nun erklärt, sie solle doch bitte einfach so lange warten, bis die Bundesregierung diese Zahlen veröffentlicht. Darüber hinaus würden „Möglichkeiten für die Veröffentlichung der Genehmigungsdaten unter Aufwands- und rechtlichen Gesichtspunkten“ geprüft. Ein veritabler Affront der Exekutive gegenüber der Legislative:

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

G7 GERMANY 2022

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, 11019 Berlin

Frau
Sevim Dağdelen
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sven Giegold
Staatssekretär

Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin

Postanschrift:
11019 Berlin

Tel. +49 30 18 615-7640
Fax +49 30 18 615-5105

BUERO-ST-GIE@bmwk.bund.de

www.bmwk.de

Schriftliche Frage an die Bundesregierung im Monat Dezember 2022
Frage Nr. 12/186
Berlin, 22.12.2022
Seite 1 von 2

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Frage wie folgt:

Frage:

In Höhe welchen Gesamtwertes wurden im Jahr 2022 bis zum aktuellen Stichtag Einzelgenehmigungen für den Export von Rüstungsgütern erteilt (bitte neben dem Gesamtwert auch die jeweiligen Werte für Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern sowie auch die Werte für die zehn Hauptempfängerländer auflisten) (sofern eine endgültige Auswertung für 2022 noch nicht erfolgt ist, bitte die vorläufigen Zahlen angeben), und wie verteilt sich der Gesamtwert von 2022 auf die Gruppe der EU -Länder, NATO- und gleichgestellten Länder, Drittländer sowie Entwicklungsländer (bitte zusätzlich auch getrennt für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüterauflisten)?

Antwort:

Die Bundesregierung wird die vorläufigen Genehmigungszahlen für das Jahr 2022 im Januar 2023 veröffentlichen. Auf diese Veröffentlichung wird verwiesen.

Der Schutz Ihrer Daten ist uns wichtig. Nähere Informationen zum Umgang mit personenbezogenen Daten im BMWK können Sie der Datenschutzerklärung auf www.bmwk.de/Datenschutzerklärung entnehmen.

Beschwerdebrief an Habeck

Die Obfrau der Linksfraktion im Auswärtigen Ausschuss wandte sich daraufhin an den Parlamentarischen Geschäftsführer Jan Korte, der umgehend einen vierseitigen Beschwerdebrief an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck aufsetzte, welcher ebenfalls den NachDenkSeiten vorliegt. Darin stellte er unter anderem fest:

> „Ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass ich mich an so einen Grad an Dreistigkeit gegenüber dem Parlament in all meinen Jahren als Abgeordneter kaum erinnern kann.“

Des Weiteren führte er aus:

> „Aus Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 und Artikel 20 Absatz 2 Satz 2 GG folgt nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ein Frage- und Informationsrecht der Abgeordneten, dem grundsätzlich eine Antwortpflicht der Bundesregierung korrespondiert (BVerfG, Beschluss vom 1. Juli 2009 – 2 BvE 5/06 –, BVerfGE 124, 161, Rn. 123). Grenzen können sich nur aus dem Grundgesetz ergeben. Verweigert die Bundesregierung eine Antwort, so muss sie dies hinreichend begründen. Dem wird die Antwort Ihres Staatssekretärs überhaupt nicht gerecht, denn hier ist nicht erkennbar, auf welchen Verfassungsgrund Sie sich berufen, wenn Sie lediglich darauf verweisen, dass sie die vorläufigen Genehmigungszahlen für das Jahr 2022 im Januar 2023 veröffentlichen werden.“

Die Beschwerde des Parlamentarischen Geschäftsführers beim Bundeswirtschaftsminister zeigte Wirkung. Am 23. Dezember wurde dem Büro von Dağdelen eine „korrigierte Antwort“, diesmal mit den abgefragten Zahlen, zugestellt. Aus diesen geht hervor, dass die Ampelkoalition von SPD, FDP und Grünen Waffenexporte in Höhe von acht Milliarden Euro genehmigte, der zweithöchste Wert in der Geschichte der Bundesrepublik. Selbst nach Abzug der Rüstungslieferungen für 2,24 Milliarden Euro an die Ukraine liegt der Gesamtwert der Einzelausfuhren 2022 mit 6,1 Milliarden Euro höher als der Gesamtwert der 2020 unter Angela Merkel erfolgten Waffenexporte in Höhe von 5,8 Milliarden Euro. Die Ampel-Regierung hatte sich zuvor im Koalitionsvertrag, insbesondere auf Drängen der Grünen, eigentlich dazu verpflichtet, die Rüstungsexporte signifikant zu senken.

„Die von Ihnen erfragte Abfrage (…) führt zu einem erheblichen Mehraufwand“

Doch der eigentlich Clou liegt in einer bei Antworten auf Schriftliche Fragen eigentlich völlig unüblichen, geradezu epischen Vorbemerkung, in welcher vom Habeck-Vertrauten Giegold der Fragestellerin tatsächlich der Vorwurf gemacht wird, dass diese als Obfrau einer Oppositionspartei im Auswärtigen Ausschuss von ihrem im Grundgesetz verbrieften Frage- und Informationsrecht als Bundestagsabgeordnete Gebrauch mache. Also das tut, für das sie gewählt wurde. Der Staatssekretär hält ihr im Wortlaut vor:

> „Die von Ihnen erfragte Abfrage (…) führt zu einem erheblichen Mehraufwand bei der Datenerhebung und -bearbeitung. Dieser Mehraufwand entsteht zu Lasten der anderen dringenden Aufgaben, die das zuständige Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle bei der Bewilligung von Förderanträgen der Kommunen, der Unterstützung der Ukraine mit Rüstungsgütern, den EU-Sanktionen gegen Russland und der Unterstützung von Unternehmen, die unter hohen Energiekosten leiden, derzeit verantwortet.“

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

G7 GERMANY 2022

Seite 2 von 4

ist, ist für die ersten Tage des Jahres 2023 zudem die Bekanntgabe der vorläufigen Zahlen für Rüstungsexporte für das Gesamtjahr 2022 beabsichtigt. Mit dieser ohnehin vorgesehenen Veröffentlichung werden sämtliche von Ihnen erbetenen Angaben erfasst. Die von Ihnen erfragte Abfrage derselben Daten im Vorhinein und mit kurzem zeitlichem Abstand zur ohnehin geplanten Veröffentlichung führt zu einem erheblichen Mehraufwand bei der Datenerhebung und -bearbeitung. Dieser Mehraufwand entsteht zu Lasten der anderen dringenden Aufgaben, die das zuständige Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle bei der Bewilligung von Förderanträgen der Kommunen, der Unterstützung der Ukraine mit Rüstungsgütern, den EU-Sanktionen gegen Russland und der Unterstützung von Unternehmen, die unter hohen Energiekosten leiden, derzeit verantwortet.

Zu Ihrer Frage teile ich Ihnen mit:

Bei den Angaben für Genehmigungswerte aus dem Jahr 2022 handelt es sich um vorläufige Zahlen, die sich durch Berichtigungen und Fehlerkorrekturen noch ändern können.

Die Unterstützung Deutschlands für die Ukraine aufgrund des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs spiegelt sich auch in den aktuellen Werten. Die Ukraine ist nicht nur das Drittland mit dem höchsten Genehmigungswert, sondern auch insgesamt das Land mit dem höchsten Genehmigungswert.

Der Gesamtwert der im Zeitraum 1. Januar 2022 bis 22. Dezember 2022 erteilten Einzelausfuhrgenehmigungen sowie die weiteren anteiligen fragegegenständlichen Werte für Einzelausfuhrgenehmigungen nach Ländergruppen ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

G7 GERMANY 2022

Seite 3 von 4

	1. Januar 2022 bis 22. Dezember 2022 Wert in Euro
Gesamt	8.348.988.213
- davon Kriegswaffen	3.962.254.122
- davon Sonstige Rüstungsgüter	4.386.734.091
- davon EU-Länder	3.363.738.212
-- davon Kriegswaffen	2.442.603.656
-- davon Sonstige Rüstungsgüter	921.134.556
- davon NATO- und NATO-gleichgestellte	1.758.615.728
-- davon Kriegswaffen	202.027.315
-- davon Sonstige Rüstungsgüter	1.556.588.413
- davon Drittländer	3.226.634.273
-- davon Kriegswaffen	1.317.623.151
-- davon Sonstige Rüstungsgüter	1.909.011.122
-- davon Entwicklungsländer*	2.492.264.371
--- davon Kriegswaffen	1.290.025.377
--- davon Sonstige Rüstungsgüter	1.202.238.994

* Die Werte der Entwicklungsländer sind bereits in den Werten für Drittländer enthalten.
Entwicklungsländer und -gebiete entsprechend der Liste des Entwicklungsausschusses (Development Assistance Committee = DAC) der OECD (Spalten 1 bis 3 dieser Liste).

Die zehn Länder mit den höchsten Einzelausfuhrgenehmigungswerten im Zeitraum 1. Januar 2022 bis 22. Dezember 2022 ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

Land	Wert in Euro
Australien	196.067.963
Niederlande	1.826.186.252
Republik Korea	166.518.205
Singapur	175.093.070
Slowakei	171.854.284

Arroganz und Doppelmoral der Grünen

Die hier von dem Grünen-Staatssekretär an den Tag gelegte Arroganz der Macht und Doppelmoral wird noch deutlicher, wenn man sich vor Augen führt, dass zu Oppositionszeiten der aktuelle Grünen-Vorsitzende und bis 2020 außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion der Grünen, Omid Nouripour, ebenfalls regelmäßig die Rüstungsexportzahlen von der Bundesregierung abfragte. Und damit nicht genug, es waren die Grünen, die 2014 bis vor das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zogen und das sogenannte „Rüstungsexporturteil“ erstritten, just für das Recht auf Antworten zu Fragen, die sie, kaum sitzen sie mit an der Regierung, anderen Fragestellern im Bundestag verweigern wollen. In dem wegweisenden Urteilsspruch des BVerfGs, auf das Korte auch in seinem Beschwerdeschreiben an Habeck verweist, heißt es:

> „Die Antworten der Bundesregierung auf schriftliche Anfragen und auf Fragen in der Fragestunde des Deutschen Bundestages sollen dazu dienen, dem Bundestag

> und den einzelnen Abgeordneten die für ihre Tätigkeit nötigen Informationen auf rasche und zuverlässige Weise zu verschaffen. Die Bundesregierung schafft mit ihren Antworten auf parlamentarische Anfragen so die Voraussetzungen für eine sachgerechte Arbeit innerhalb des Parlaments.
> Die Pflicht der Bundesregierung, parlamentarische Anfragen zu positiven Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates zu beantworten, wird nicht schon durch die jährlich veröffentlichten Rüstungsexportberichte erfüllt. Die Berichtsform unterscheidet sich systematisch von der Frage- und Antwortstruktur des Interpellationsrechts. Sowohl die Struktur und der Gehalt der Information als auch ihr Zeitpunkt werden beim Rüstungsexportbericht nicht durch die Abgeordneten, sondern durch die Bundesregierung bestimmt. Bereits deshalb ist ein allgemeiner Bericht dem parlamentarischen Fragerecht grundsätzlich nicht gleichwertig.“ (BVerfG, Urteil vom 21. Oktober 2014 – 2 BvE 5/11 –, BVerfGE 137, 185-273, Rn. 130)

Gegenüber den NachDenkSeiten erklärte Dağdelen mit Blick auf das Agieren des Grünen-Staatssekretärs:

> „Offenbar braucht die grüne Führung im Bundeswirtschaftsministerium Nachhilfe in Sachen parlamentarischer Demokratie. Zunächst der dreiste Versuch der Antwortverweigerung und dann der Vorwurf, dass man als Opposition das verfassungsmäßige parlamentarische Informations- und Fragerecht überhaupt nutzt, zeigen, wie abgehoben und demokratieverachtend die Grünen mittlerweile geworden sind.“

Mehr zum Thema:

Bundeswirtschaftsministerium unter Habeck: Vetternwirtschaft, Klima der Angst und Einsatz des Inlandsgeheimdienstes bei „abweichenden Einschätzungen“

Habeck ist nicht inkompetent, er hat einfach nur mit dem Denken aufgehört